

SILVESTERPREDIGT 2004
des Erzbischofs von München und Freising
Kardinal Friedrich Wetter
am 31. Dezember 2004 im Liebfrauentom

In wenigen Stunden überschreiten wir die Schwelle des neuen Jahres. Was ist das für eine Schwelle? Sie wird markiert durch den Wechsel des Datums. Ab morgen heißt es nicht mehr 2004, sondern 2005. Ist das alles? Das Datum ändert sich doch mit jedem Tag.

Mit dem Überschreiten dieser Schwelle verbindet sich freilich mehr. Wir wünschen einander ein gutes, gesegnetes neues Jahr. In unseren Wünschen drückt sich die Hoffnung aus, dass das neue Jahr für uns gut werde. Wir überschreiten heute Nacht nicht nur die Schwelle eines Datums, wir überschreiten die Schwelle der Hoffnung. So überschrieb vor 10 Jahren der Hl. Vater eines seiner Bücher: „Die Schwelle der Hoffnung überschreiten“.

Am Beginn eines Jahres erwacht immer neue Hoffnung auf eine gute Zukunft. Doch können wir dessen so sicher sein? Die verheerende Naturkatastrophe in 12 Ländern Südostasiens hat die Lebenshoffnung unzähliger Menschen jäh zerstört. Ist dabei nicht auch unsere Hoffnung auf eine sichere Zukunft ins Wanken geraten?

Die größte Naturkatastrophe der jüngsten Geschichte hat in wenigen Minuten 100.000 Menschen in den Tod gerissen, Millionen obdachlos gemacht und ganze Regionen zerstört. Unsägliches Leid kam über Bewohner und Touristen. Familien wurden auseinandergerissen. Kinder suchen verzweifelt nach ihren Eltern und Eltern nach ihren Kindern. Eine „Katastrophe ohne Beispiel“ nannte die UNO das schreckliche Geschehen.

Was dort geschah, betrifft auch uns. Die vom Unglück Heimgesuchten sind auch unsere Nächsten. Wir fühlen mit ihnen, beten für sie und helfen ihnen mit Spenden und geistlichem Beistand. Wir werden am 10. Januar in einem ökumenischen Gebet hier im Dom der Opfer und aller Betroffenen gedenken. Notfallseelsorger aus unserem Erzbistum sind bereits in einer Krisenregion Thailands. Ich bitte Sie in diesen Tagen um Ihre hochherzige Gabe, um die Not zu lindern. Auf die Welle, die so viel zerstört hat, müssen wir mit einer Welle der Hilfe antworten, die aufbaut und heilt.

Aber auch wir schleppen aus dem alten Jahr einiges mit, was die Hoffnung nicht beflügelt, sondern ihr die Flügel stutzt. In wenigen Stunden ist das Jahr 2004 unwiederbringlich verflossen; nicht verflossen sind die Sorgen und Aufgaben. Sie lassen sich nicht abschütteln, sondern begleiten uns über die Schwelle des neuen Jahres.

Anfang Dezember haben uns Zeitungsmeldungen aufhorchen lassen, die von einer weiter gewachsenen Kluft zwischen Reichen und Armen in unserem Land sprechen. Armut in Deutschland, dieser Begriff ist nicht unumstritten. Armut bei uns ist nicht vergleichbar mit der Armut in vielen Ländern Afrikas, Asiens oder Lateinamerikas.

800 Millionen Menschen leiden dort an Hunger und Unterernährung. Täglich sterben 24.000 Menschen an Hunger. Bei uns braucht niemand zu verhungern. Bei uns können alle ein Dach über dem Kopf erhalten. Armut in Deutschland, das meint: auch bei uns entfernen sich immer mehr Menschen von dem, was man den „guten Durchschnitt“ nennt, dem durchschnittlichen Einkommen, dem durchschnittlichen Wohnstandard, den vergleichbaren Bildungschancen für die Kinder. Über diese „relative Armut“ sprechen wir, wenn wir von Armut in Deutschland reden. In diesem Sinn berichten auch die Medien über den neuen Armutsbericht der Bundesregierung, der im kommenden Jahr vorgelegt werden soll. Die heute schon bekannten Zahlen zeigen: Die Reichen sind offenbar noch reicher geworden, die Zahl der Armen nimmt weiter zu.

Es wird berichtet, dass über 3 Millionen Haushalte zum Teil hoffnungslos überschuldet sind; Ursachen sind oft geringes Einkommen, Arbeitslosigkeit, Kinderreichtum, Krankheit, aber immer wieder auch die Unfähigkeit, mit Geld umzugehen.

Reiche und Arme hat es immer gegeben, nicht nur bei uns, sondern überall in der Welt. Arme und Reiche wird es auch in der Zukunft geben. Aber die Armen dürfen nicht so arm werden, dass sie nicht mehr menschwürdig leben können.

Ein menschenwürdiges Leben hängt nicht vom Geld ab. Es gibt Arme, die in Würde leben, und es gibt Reiche, die ein würdeloses Leben führen. Trotzdem braucht der Mensch auch einen Grundbestand an materiellen Gütern, um in Anstand und Würde leben zu können. Darum beten wir im Vater unser: Unser tägliches Brot gib uns heute.

Eine weitere Sorge, die uns ins neue Jahr begleitet, ist die große Arbeitslosigkeit. Sie ist der Skandal unserer Gesellschaft. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, dass Millionen Menschen keinen dauerhaften Arbeitsplatz finden, der sie und ihre Familien ernährt.

Arbeitslos sein zu müssen, das heißt nicht nur, keine Arbeit zu haben, nicht gebraucht zu werden. Arbeitslos sein zu müssen, das heißt auch, keine Perspektive für sich und seine Familie zu haben. Es heißt, soziale Kontakte zu verlieren. Wir wissen heute, dass länger andauernde Arbeitslosigkeit dazu führen kann, an Leib und Seele krank zu werden.

Gehen wir darum sorgsam mit den Worten um, mit denen man Arbeitslose bezeichnet. Sie haben ihre Arbeitslosigkeit meist nicht selbst verschuldet. Sie sind deshalb keine Faulenzer und keine Menschen, die es sich auf Kosten anderer bequem machen. Das gibt es gewiss auch.

Doch die meisten wollen nur eine Chance auf Arbeit, eine Anstellung, die ihren Fähigkeiten entspricht, sich selbst ernähren, einen anerkannten Platz in unserer Gesellschaft.

Dazu müssen Wirtschaft und Staat genug Arbeitsplätze schaffen. Ich appelliere deshalb an die Politik und an die Wirtschaft, nachhaltig wirksame Maßnahmen zu ergreifen, die Arbeitslosigkeit zu verringern. Ich frage: Hat die Politik die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen? Haben Arbeitgeber wirklich alle Alternativen geprüft, bevor sie Menschen in die Arbeitslosigkeit entlassen? Muss es sein, dass man Arbeitsplätze in Firmen abbaut oder ins Ausland verlagert, wenn schwarze Zahlen geschrieben werden? Muss es in jedem Fall sein, dass man die Mitarbeitenden mit Überstunden belastet, statt neue Mitarbeiter einzustellen? Muss es sein, dass man jungen Menschen die Chancen auf Ausbildung vorenthält? Ich frage weiter: Sind die, die einen Arbeitsplatz haben, in ihren Ansprüchen flexibel genug, damit niemand wegen ihrer Forderungen in die Arbeitslosigkeit entlassen werden muss, sondern vielleicht neue Arbeitsplätze geschaffen werden können?

All diese Fragen markieren Sorgen und Aufgaben, die wir in das neue Jahr mitnehmen.

Laut Grundgesetz ist die Bundesrepublik ein „demokratischer und sozialer Bundesstaat“ (GG Art 20 Abs 1). Das heißt, der Staat muss die Existenzgrundlagen seiner Bürgerinnen und Bürger sichern, ihnen ein eigenverantwortliches Leben ermöglichen und er muss für Ausgleich zwischen sozial schwachen und starken Gruppen und Personen sorgen. Er ist nach dem Sozialstaatsgebot verpflichtet, in der Ausgestaltung der Sozialversicherungen und Transferleistungen nicht nur marktwirtschaftliche, sondern auch soziale Aspekte zu berücksichtigen.

Auf dieser Basis hatte die Solidargemeinschaft im letzten Jahrhundert einen tragfähigen Konsens gefunden, um die einzelnen wie die Familien angesichts der unwägbaren Grundrisiken des Lebens – Krankheit, Alter, Pflegebedürftigkeit, Arbeitslosigkeit, Armut – vor dem Sturz ins soziale Abseits zu sichern. Nun besteht in Deutschland die Gefahr, diesen solidarischen Ausgleich immer mehr abzubauen. Die Absicherung dieser Risiken werden dem einzelnen und den Familien weitgehend selbst überantwortet, ohne jedoch die materiellen Voraussetzungen zu schaffen, dass sie diesen Systemwechsel auch bewältigen können. Lebensrisiken und gesellschaftliche Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Krankheit werden somit vorrangig als persönliches Versagen gedeutet. Dann ist es konsequent, dass man ihre Absicherung immer mehr der privaten Vorsorge überlässt. Wir müssen fragen, ob die Menschen dies auch leisten können.

Der Staat darf benachteiligte Personengruppen weder alleine lassen noch seine Sozialpflichten an die Mildtätigkeit und Barmherzigkeit anderer Menschen abgeben. Der Sozialstaat darf nicht zum Almosenstaat werden. Menschen haben soziale Rechte, sie sind keine Almosenempfänger.

In letzter Zeit rufen Politikerinnen und Politiker die Bevölkerung verstärkt zu bürgerschaftlichem Engagement auf. Eine Antwort geben unsere Pfarreien, unsere Räte und Verbände, nicht erst heute.

Über 110.000 Frauen und Männer leisten einen ehrenamtlichen sozialen Dienst in unseren Pfarrgemeinden in Bayern. Sie organisieren Jugendgruppen und Altenclubs, Hausaufgabenhilfen und Hospizgruppen. Sie besuchen alte und kranke Menschen zuhause, im Pflegeheim oder im Krankenhaus. Sie geben Migranten Deutschunterricht, engagieren sich im Kindergarten oder für Sozialprojekte in anderen Ländern.

Was wäre unser Land ohne diese vielen ehrenamtlichen Dienste unserer Pfarrgemeinden? Wir sind den Zehntausenden Menschen, die kein Aufhebens um sich machen, zu größtem Dank verpflichtet. Sie geben unserer Gesellschaft menschliche Wärme. Sie geben Zeugnis von der Menschenfreundlichkeit und Liebe unseres Herrn Jesus Christus, der sich mit den Armen so identifiziert hat, dass er sagen konnte: „Was ihr für einen meiner geringsten Brüder getan habt, das habt ihr mir getan“ (Mt 25,40).

Das ehrenamtliche Engagement im Sozialbereich ist notwendig, ja unaufgebbar; es ist der Kitt in unserer Gesellschaft. Aber es kann professionelle Hilfe und verlässliche soziale Leistungen des Staates nicht ersetzen, sondern nur ergänzen.

Ein radikaler Abbau und die völlige Privatisierung sozialer Absicherungen würde die Gesellschaft auseinanderreißen und den sozialen Frieden stören. Davon wären dann auch die betroffenen, die auf der Sonnenseite leben.

Die Menschen, auch sozial eher Schwache, sind bereit, soziale und finanzielle Einschnitte in erträglichem Maß in Kauf zu nehmen. Sie sind dazu aber dann nur bereit, wenn sie wissen, dass alle Bevölkerungsschichten Opfer bringen müssen. Das ist bei manchen derzeitigen Reformansätzen nicht der Fall. Ob bei der Agenda 2010, Hartz IV oder der Gesundheitsreform: die Familien mit mehreren Kindern, die allein Erziehenden, die chronisch Kranken und Behinderten werden überproportional belastet, die Besserverdienenden und Vermögenden werden geschont.

Die einen können die Kürzungen von sozialen Leistungen ohne Probleme wegstecken, die anderen eben nicht und geraten deshalb in weitere Notlagen.

Darum sollte man keine Leistungen kürzen, die die Schwächsten der Gesellschaft noch schwächer machen. Ferner sind soziale Reformen danach zu beurteilen, ob sie die Gründung und den Zusammenhalt der Familien stützen oder gefährden.

Wirksame Reformen richten sich nicht allein an aktuellen finanziellen Engpässen aus, sondern haben auch die Zukunft im Auge. Wir dürfen nicht weiter auf Kosten der nachfolgenden Generationen leben. Wir dürfen ihnen keinen hoffnungslos verschuldeten Staat hinterlassen. Aber wir dürfen ihnen auch keinen unsolidarischen Staat und keine menschlich kalte Gesellschaft übergeben.

Ein ganzes Bündel schwieriger Aufgaben nehmen wir mit über die Schwelle des neuen Jahres. Kann dann angesichts dieser Last die Schwelle, die wir heute Nacht überschreiten, noch eine Schwelle der Hoffnung sein?

Ja, denn Hoffnung schenkt uns unser Glaube und unser christliches Erbe, das wir in die Gestaltung der Zukunft einbringen müssen. Die Lage, in der wir uns befinden, fordert uns nicht nur als Staatsbürger, sondern auch als Christen heraus.

Unser christliches Erbe ist die unerlässliche Voraussetzung für eine menschenwürdige Daseinsgestaltung. Das mag in machen Ohren anmaßend klingen. Hören wir einmal, was der Schriftsteller Heinrich Böll über das große christliche Erbe gesagt hat: „Ich überlasse es jedem, sich den Alptraum einer Welt vorzustellen, in der Gottlosigkeit konsequent praktiziert würde: den Menschen in die Hände des Menschen fallen zu lassen. Selbst die allerschlechtesten christlichen Welt würde ich der besten heidnischen vorziehen, weil es in der christlichen Welt Raum gibt für die, denen keine heidnische Welt je Raum gab: für Krüppel und Kranke, Alte und Schwache und mehr noch als Raum gab es für sie: Liebe für die, die der heidnischen wie der gottlosen Welt nutzlos erschienen und erscheinen.“

Der Herr Bundespräsident hat vor kurzem dieses christliche Erbe wieder nachdrücklich angemahnt, als er am 1. Dezember in seiner Tübinger Rede zum Weltethos sagte: „Mit dem Eintritt des Christentums in die antike Welt bekam die moralische Pflicht zur Hilfe und Fürsorge für den anderen eine Dringlichkeit, die es vorher und anderswo so nicht gegeben hatte. Das Gebot der Nächstenliebe wurde direkt mit dem Verhältnis zu Gott verknüpft. Und der Nächste, das war potentiell jeder andere, gerade der Ärmste. Wie es im Neuen Testament heißt: Was ihr dem Geringsten meiner Brüder getan habt, das habt ihr mir getan. ... Diese gelebte Solidarität und der Geist, aus dem sie stammt, haben Europa tief geprägt, zivilisiert und zu dem gemacht, was es ist.“

Und in einer Münchner Zeitung war in diesem Monat zur Bedeutung des Christentums für unsere Gesellschaft zu lesen: „Eine entgleiste Moderne (Habermas), die die Verzweckung des Menschen perfektioniert hat, ist gewiss nicht der Weisheit letzter Schluss. Klar scheint nach den Erfahrungen des 20. Jahrhunderts: Die Entchristlichung der Gesellschaft und die Entwürdigung des einzelnen verliefen parallel.“

Das sind Stimmen nicht von Kirchenleuten, sondern Stimmen aus unserer Gesellschaft, die nach dem kulturstiftenden humanisierenden Einfluss des Christentum rufen. Wir brauchen uns mit unserem christlichen Erbe nicht zu verstecken. Die Welt braucht uns, auch wenn das nicht alle einsehen und wahrhaben wollen.

Das gilt nicht nur für Deutschland, das gilt ebenso auch für Europa, das im vergangenen Jahr gleich zwei Schwellen überschritten hat: die große Erweiterung in den europäischen Osten und die Unterzeichnung des europäischen Verfassungsvertrags.

Dabei ist es nicht gelungen, die christlichen Wurzeln, aus dem Europa hervorgewachsen ist, auch nur zu nennen. Es ist nicht einmal gelungen, einen allgemein gehaltenen Gottesbezug in die Präambel aufzunehmen. Die Gegenkräfte haben dies nicht zugelassen.

Das ist kein gutes Vorzeichen für die Zukunft des geeinten Europas. Gewiss waren verschiedene Faktoren im Spiel, aus denen Europa hervorgegangen ist. Aber entscheidend für die geistige Einheit der europäischen Völker war der christliche Glaube. Dem christlichen Glauben verdanken die Völker Europas eine Wertordnung, die ein solidarisches Miteinander begründet. Er hat den Menschen mit seiner einzigartigen Würde als Abbild Gottes in die Mitte gestellt.

Der Begriff der menschlichen Person ist eine Gabe des christlichen Glaubens an die Menschheit. Auf diesem Menschenbild gründet zutiefst unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung. Vergessen wir nicht: Der grundlegende Artikel 1 unseres Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar“, ist eine Wahrheit, die aus dem Christentum stammt.

Wir können stolz sein auf unser christliches Menschenbild. In diesem Verständnis des Menschen als Person gründen die Menschenrechte, die einem jeden Menschen eigen sind.

Darum wissen wir uns füreinander verantwortlich; darum achten wir die Rechte und damit die Freiheit des anderen; das heißt, wir üben Toleranz, was nicht heißt, seine eigene Identität aufzugeben oder auch nur in Frage zu stellen.

Darum treten wir ein für das Lebensrecht aller, auch der Ungeborenen und Behinderten. Jeder hat das Recht auf Leben, und dies von Anfang an. Niemand darf ihm dieses Recht streitig machen.

Im Januar wird der Diözesanrat zu einer Unterschriftenaktion aufrufen, die im Januar deutschlandweit gegen die Spätabtreibungen durchgeführt wird. Nach geltendem deutschen Recht ist es nämlich möglich, ein behindertes Kind bis kurz vor der Geburt straffrei abzutreiben. Dieser Skandal muss beseitigt werden. Denn er ist ein Unrecht. Er verstößt gegen das Gebot Gottes „Du sollst nicht töten“ und ist ein Schlag ins Gesicht aller Behinderten und ihrer Angehörigen.

Wir müssen auch in die Zukunft schauen und der heranwachsenden Generation unsere Werteordnung vermitteln. Das ist eine Aufgabe, die alle angeht, in erster Linie diejenigen, die mit der Jugend unmittelbar zu tun haben, Elternhaus und Schule.

Wir bemühen uns in unserem Erzbistum, mit unseren 19 kirchlichen Schulen dazu einen Beitrag zu leisten. Unsere Schulen sind ein tragendes Element für die Vermittlung christlicher Werte in unserem Land und zugleich ein wichtiger Beitrag der Kirche für die Bildung und Erziehung junger Menschen.

Das Konzept unserer Schulen ist auf die Bildungs- und Erziehungsgemeinschaft von Lehrern und Eltern ausgerichtet. Unsere Schulen sind wegen ihres religiösen und sozialen Engagements gefragt, vor allem wegen der persönlichen Zuwendung, die den einzelnen Schülern zuteil wird. Dabei spielt auch das eindeutige christliche Profil eine entscheidende Rolle.

Der Dienst an den einzelnen Schülern, den unsere Schulen beispielhaft leisten, ist ein konkreter Beitrag zur Werteerziehung, die wichtig ist für die Entwicklung einer humanen und solidarischen Gesellschaft.

Unsere Schulen sind ferner ein gutes Beispiel dafür, dass Werteerziehung und schulische Leistungen harmonieren. In der Diskussion um die ländervergleichenden PISA-Studien zeigt sich, dass kirchliche Schulen bei den Leistungen in den Hauptfächern über dem Durchschnitt der staatlichen Schulen liegen.

Wir bemühen uns, in unseren Schulen und in der Jugendseelsorge den Jugendlichen ein Menschenbild zu vermitteln, das ihnen ihren eigenen Wert und ihre Personenwürde bewusst macht und so gegen alle möglichen Verführungen immun macht. Ich nenne als Beispiel nur den gegenwärtigen Schönheitswahn. „Es darf einfach nicht sein, dass unsere Kinder sich in ihrem Selbstwertgefühl vor allem durch suggerierte Defizite gegenüber Stars und Sternchen definieren und die so genannte Schönheitschirurgie zum Jugendkult hochstilisiert wird“ sagte vor kurzem der Präsident der Bundesärztekammer Professor Hoppe. Menschliche Schönheit hat mit einem chirurgisch korrigierten Gesicht und Körper nichts zu tun. Sie liegt auf einer anderen Ebene und ist nicht altersabhängig. Die Schönheit eines menschlichen Antlitzes zeigt sich nicht in ausgewogenen Proportionen, sondern im Aufleuchten der Seele.

Die kurzen Beobachtungen unserer Zeit zeigen, was wir aus unserem christlichen Erbe einzubringen haben in die Zukunft unseres Volkes und in die Zukunft des geeinten Europas. Wir Christen brauchen uns nicht zaghafte oder verschämt zurückzuhalten. Wir tragen Entscheidendes bei, auf das die Menschen nicht verzichten können, wenn sie hoffnungsvoll an die Arbeit gehen wollen, ihre Zukunft zu bauen.

Humanität ist keine starre Größe, die ein für allemal festliegt, sie muss immer neu lebendig gehalten werden. Dazu wollen wir Christen unseren Beitrag leisten. Darum überschreiten wir heute Nacht voll Zuversicht die Schwelle der Hoffnung ins neue Jahr.

Wir tun dies im Wissen, dass es in dieser Welt keine letzte Absicherung gibt. Tief betroffen denken wir in diesen Tagen an die furchtbare Katastrophe in Südostasien, mit dem das alte Jahr 2004 zu Ende gegangen ist.

Diese Katastrophe wirft Fragen auf, so die Frage nach dem Warum? Wer könnte sie beantworten? Aber eines führt sie uns mit aller Deutlichkeit vor Augen: In dieser Welt gibt es keine letzte Absicherung. Die gibt es nur an der Hand Gottes. Wenn wir voll Zuversicht die Schwelle der Hoffnung überschreiten wollen, müssen wir uns an Gott wenden und uns an ihn halten.

In einem Monat werden es 60 Jahre, dass der Münchner Jesuitenpater Alfred Delp von den nationalsozialistischen Machthabern ermordet wurde. Am 2. Februar 1945 haben sie ihn in Berlin-Plötzensee erhängt. Im Angesicht des Todes schrieb er in seiner Kerkerzelle mit gefesselten Händen nieder: „Brot ist wichtig, die Freiheit ist wichtiger, am wichtigsten aber die ungebrochene Treue und die unverratene Anbetung.“

Mit diesem Wort weist uns P. Delp den Weg, wie wir Ordnung in unser Leben und unsere Zukunft bringen. Mit unserem Verhältnis zu Gott steht und fällt alles. Die Treue und die Anbetung des einen, lebendigen Gottes sind das Wichtigste. Daran hängt alles andere. In der Anbetung erkennen wir Gott als unseren Schöpfer an; wir übergeben uns ihm, indem wir unser ganzes Leben in seine Hand legen und bekennen: In ihm allein vollendet sich unser Dasein; in ihm allein finden wir das Heil und die Fülle des Lebens.

„Wir sind gekommen, ihn anzubeten.“ Dieses Wort der Weisen aus dem Morgenland steht als Leitwort über dem 20. Weltjugendtag, der im August des kommenden Jahres in Deutschland stattfinden wird. 800.000 junge Christen aus aller Welt werden erwartet.

Sie sind zuerst für eine Woche in den einzelnen Diözesen zu Gast und kommen dann in Köln zu einem gemeinsamen Fest des Glaubens zusammen, das auch der Hl. Vater zusammen mit den Jugendlichen feiern möchte. Wir rechnen in unserem Erzbistum mit etwa 20.000 jugendlichen Gästen.

Es ist ein hoffnungsvolles Zeichen, dass die jungen Christen kommen um anzubeten. Gehen auch wir anbetend in das neue Jahr und stellen wir Gott in die Mitte unseres Lebens. Dann wird die Schwelle, die wir heute Nacht überschreiten, zur Schwelle der Hoffnung.

Amen.